

## **Grenzen des Umverteilungsstaats in der Schweiz, Executive Summary**

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung economiesuisse

Progress Foundation, 24. April 2008

Die Umverteilung bzw. die Frage nach dem richtigen Mass der Umverteilung sorgt seit jeher für kontroverse Diskussionen. In der Wissenschaft werden verschiedene Konzepte diskutiert – ohne dass sich eine allgemeingültige Definition des richtigen Masses an gerechter Umverteilung etablieren konnte. Mit geschätzten Zwangsabgaben von rund 200 Mrd. Franken im Jahr 2005 (über 43 Prozent vom BIP) belastet der Staat die Volkswirtschaft mittlerweile aber beträchtlich. Weil der Staat in grossem Stil Steuern, Abgaben und Gebühren einfordert und diese dann zur Erfüllung bestimmter Aufgaben verwendet und/oder an bestimmte gesellschaftliche Gruppen weiterverteilt, wird angenommen, dass der Staat über die Finanz- und Steuerpolitik eine beträchtliche Umverteilungsmaschinerie betreibt.

Inwieweit daraus Solidarität zwischen verschiedenen Einkommens- und Vermögensschichten, Wirtschaftssektoren, Regionen und Generationen resultiert, lässt sich wegen der fehlenden Transparenz bei den Finanzflüssen zwischen Staat und privaten Haushalten bzw. Steuerzahlern nur äusserst schwer messen. Zudem sind die finanziellen Verflechtungen wegen des föderalen Staatsaufbaus und der von den öffentlichen Haushalten (Bund, Kantone und Gemeinden) getrennten Rechnung der Sozialversicherungen sehr vielschichtig; es lässt sich kaum ein vollständiges Bild der aktuellen Transferleistungen ermitteln.

Es überrascht deshalb nicht, dass die fehlende Gesamtschau für die staatlichen Umverteilungswirkungen das Terrain für einen Diskurs öffnet, der die Fakten wissentlich ignoriert und damit bewusst oder unwidersprochen finanzpolitische Mythen zementiert. Dies gipfelt in Wortschöpfungen wie «Steuer geschenke für Reiche», «Totsparen», «ruinöser Steuerwettbewerb» oder «Umverteilung von unten nach oben».

Nährboden für die Akzeptanz solcher Botschaften bieten die Einschätzung der Bevölkerung zur eigenen Steuerbelastung sowie die Perzeption der Austauschrelation zwischen den bezahlten Steuern und den dafür vom Staat erhaltenen Leistungen: Die eigene Steuerbelastung durch Bund, Kanton und Gemeinde wird mit deutlicher Mehrheit als zu hoch bzw. als gerade noch erträglich empfunden, und hinsichtlich der Austauschrelation ist die Hälfte der Bevölkerung der Meinung, dass sie vom Staat weniger zurückbekommt, als sie über Steuern und Abgaben bezahlt. Diese Einstellung hat sich in den letzten Jahren in der Bevölkerung verfestigt. Angesichts der grossen Intransparenz über die Finanzflüsse und der fehlenden Gesamtsicht ist diese gewachsene Skepsis über Mittel und Umfang der getätigten Umverteilung nachvollziehbar.

Um die Solidaritäts- und Umverteilungsdiskussion möglichst sachlich führen zu können, müssen sämtliche staatlichen Umverteilungsprozesse einer vertieften Analyse unterzogen und in ihrer Gesamtheit transparent dargestellt werden. economiesuisse hat sich dieser Aufgabe angenommen und hat diesbezüglich 2007 eine Studie publiziert. Dies entspricht auch einem Verlangen der Politik nach Fakten und Gesamtsicht.

Die Studie zeigt, dass der Staat mehrheitlich von Unternehmen und einer kleinen Minderheit der Privatpersonen finanziert wird. Die Unternehmen (22 Prozent) und die 20 Prozent der Privatpersonen des oberen Segments (35 Prozent) erbringen zusammen 57 Prozent aller staatsquotenrelevanten Ausgaben inkl. öffentlicher Sozialversicherungen. Der Anteil der übrigen 80 Prozent der Privatpersonen im Inland beträgt 36 Prozent. Davon trägt der Mittelstand 31 und die unteren 20 Prozent 5 Prozent. Der Anteil des Auslands liegt bei 2 Prozent und der Defizitrestanteil von 5 Prozent wird durch Neuverschuldung den künftigen Generationen belastet. Beschränkt man die Optik auf die inländischen Steuerzahler (Ausschaltung der Verschuldungs- und Auslandsanteile), finanzieren Unternehmen und die 20 Prozent Privatpersonen des oberen Segments zusammen 60 Prozent aller staatsquotenrelevanten Ausgaben. Der Anteil der übrigen 80 Prozent der Bevölkerung beträgt 40 Prozent.

Diese Erkenntnisse haben steuerpolitische Implikationen für die Schweiz. Die Ergiebigkeit des Steuersystems ist erheblich von einer Minderheit abhängig, die in der Regel mobiler ist als der Durchschnitt. Deshalb ist darauf steuerpolitisch besonders Rücksicht zu nehmen. Angesichts des «Klumpenrisikos» und mit Blick auf eine nachhaltige Finanzierung des Staates *ist davor zu warnen, falschen steuerpolitischen Rezepten zu folgen*. Wenn gute Steuerzahler als Folge einer unüberlegten Steuerpolitik, welche die steuerliche Standortattraktivität unterminiert, abwandern, führt dies unmittelbar zu beträchtlichen Einnahmenverlusten bei den öffentlichen Finanzen. Diese müssten durch eine Steuererhöhung an anderer Stelle kompensiert werden. Andernfalls droht ein Leistungsabbau, von dem vor allem das untere Segment der Privatpersonen betroffen wäre. Sofern Leistungen aufrechterhalten bleiben sollen, würde der Mittelstand die Konsequenzen über massiv höhere Steuern tragen müssen. Die Abwanderung von guten Steuerzahlern gefährdet nicht nur die Finanzierung des Sozialstaates. Letztlich würde die Gesamtwirtschaft verlieren, weil der Wirtschaftsstandort Schweiz Attraktivität einbüßen hätte. Das bliebe auch für den Schweizer Arbeitsmarkt nicht ohne Folgen.

Für die nachhaltige und ergiebige Finanzierung eines leistungsfähigen Staates und seiner Sozialwerke – und damit für die Sicherung der politisch erwünschten Solidarität – gilt es, im Rahmen des internationalen Steuerwettbewerbs um steuerlich interessante Unternehmen und Personen nach wie vor in der Spitzengruppe zu bleiben bzw. diese Spitzenposition auszubauen und erprobte Erfolgsfaktoren wie das interkantonale Steuerwettbewerbsmodell nicht aufs Spiel zu setzen. *Steuerattraktivität zahlt sich für alle aus*. Letztlich beruht der Wohlstand der Schweiz auf dem Wirken von innovativen Unternehmen und leistungsbereiten Privatpersonen. Nur wenn diese Kräfte sich dank guter Rahmenbedingungen frei entfalten können und nicht gehemmt werden, kommt das der gesamten Wirtschaft zugute. Nur dann kann eine Solidarität entstehen und der Sozialstaat finanziert werden.